

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Bei heiterem Frühlingstherme ist Montag nachmittag die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser und der Kaiserin, dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Victoria Louise an Bord unter dem Donner der Geschütze der italienischen Kriegsschiffe und den begeisterten Kundgebungen der Einwohnerschaft von Venedig in See gegangen. Kurz vor der Abfahrt erschien unerwartet an Bord der „Hohenzollern“ Fürst Nikolaus von Moncayo. Er war von Petersburg aus, wohin er sich am 27. März begeben hatte, um gegen die geplante österreichische Wallerbahn Einspruch zu erheben, direkt nach Triest und von dort nach Venedig gefahren. Kaiser Wilhelm bestrafte ihn mit großer Herrlichkeit und blieb 20 Minuten mit ihm allein. Wie verlautet, hat der Fürst auch dem Deutschen Kaiser gegenüber Beklauer gefügt, daß die geplante Bahn seiner Interessen seines Landes verstoßt.

* Nachdem die deutsche Regierung erklart hat, der vom Präsidenten Roosevelt zum Botschafter in Berlin erwählte, von der deutschen Regierung angeblich abgelehnte Dr. Hill sei in Berlin herzlich willkommen, ist die Angelegenheit für alle Beteiligten erledigt. Von anderer Seite wird allerdings gemeldet, Herr Dr. Hill werde seinen Berliner Posten auf Wunsch der Regierung des Ver. Staaten nicht antreten.

* Reichskanzler Fürst Bülow, der gelegentlich seines Besuchs beim österreichischen Minister des Außenfahnen v. Aehrenthal in Wien auch in längeres Audienz vom Kaiser Franz Joseph empfangen wurde, ist nach Berlin zurückgekehrt. Der Reichskanzler hat in vertrautem Kreise gesagt, daß zwischen Deutschland und Österreich in allen politischen Fragen vollständiges Einvernehmen herrsche und daß die Politik beider Staaten nach wie vor auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet sei. Kaiser Franz Joseph, der sich mit seinem Gaste lediglich unterhielt, hat übrigens seinen ständigen Influssanzahl völlig überwunden.

* Wie halbamtlich gemeldet wird, soll die Begegnung des Reichskanzlers Fürst v. Bülow mit dem italienischen Minister des Außenfahnen v. Cattaneo in der ersten Hälfte des April stattfinden. Es ist möglich, daß Fürst v. Bülow noch einige Tage auf italienischem Boden verweilen und Venedig oder auch die oberitalienischen Seen aufsuchen wird. Von einem förmlichen Urlaub kann aber insofern nicht die Rede sein, als der Reichskanzler für die Zeit seiner Abwesenheit auch seine Geschäfte nicht andern Händen abgeben wird.

* Dem Reichstag ist eine Denkschrift bet. Alkohol und Ein geboren en polit., sowie eine Denkschrift über die Belästigung des Alkoholverbrauchs in den östlichen Kolonien angegangen.

* Die Petitionskommission des Reichstags hat Petitionen der Frauengruppen der kirchlichen Konferenz in Berlin, den Ausschüssen der Öffentlichkeit bei Standardprozessen häufiger anzuhören und die Wiedergabe Standarder Prozeßberichte in den Zeitungen, die nur der Sensationslust dienen, gesetzlich zu verbieten, dem Reichskanzler zur Prüfung überwiesen.

* Die Petitionskommission des preuß. Abgeordnetenhaus hat 477 Petitionen um Einführung des Reichstagswahlrechts in Breiten der Regierung zur Prüfung überwiesen, nachdem der Meinung Ausdruck gegeben war, die Regierung werde sich davon kaum überzeugen lassen, sie könne aber erkennen, wie stark die Anteilnahme der Bevölkerung an einer Reform des Wahlrechts sei.

* Die Neuwahlen zum preuß. Abgeordnetenhaus sind auf den 3. Juni festgesetzt.

Frankreich.

* In der Deputiertenkammer war gelegentlich der Beratung der Amnestievorlage Ministerpräsident Clemenceau der Gegenstand bestiger Angiffe der Sozialisten. Sie hielten ihm vor, daß er sich heute gegen die Anti-

militaristen unerbittlich zeige, während er, ehe er Minister wurde, diese Leute als Genossen hochgehalten und zum antimilitaristischen Kongress von Amsterdam sogar 10 Francs beigesteuert habe. Nach langer Debatté hatte Clemenceau jedoch das Haus wieder auf seiner Seite.

England.

* Wie nunmehr besteht, wird das Königsvor gegen Ende April seine Land in avische Reise antreten. König Eduard wird in Gemeinschaft mit seiner Gemahlin nacheinander die Höfe von Stockholm, Copenhagen und Christiania besuchen.

* Über die mazedonische Frage ist in London ein Werkbuch veröffentlicht worden, in dem zunächst die englischen Vorschläge in bezug auf Mazedonien aufgeführt sind. Weiterhin wird auf die ernsten Folgen hingewiesen, die aus dem Glauben entstehen könnten, daß das europäische Konzert nicht imstande oder nicht willens sei, der gegenwärtigen kriischen Lage ein Ende zu bereiten. Leider enthält das Werkbuch keine ausführbaren Vorschläge!

* Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Münch auf eine Anfrage, Deutschland sei auf dem ordnungsmäßigen Wege davon unterrichtet worden, daß das russisch-englische Abkommen über Persien nicht die englischen Sonderrechte am Persischen Golf bestreite. Deutschland habe keinen Einspruch erhoben. Diese Erklärung ist infosofern interessant, als England bisher immer gelegnet hat, im Persischen Golf Sonderinteressen zu verfolgen. Es bleibt nun abzuwarten, in welcher Weise England seine angeblichen „Rechte“ geltend machen wird!

Schweiz.

* Die Staatsrechnung der schweizerischen Eidgenossenschaft für 1897 schließt mit einem Einnahmenüberschuß von 6½ Mill. Frank statt eines im Budget vorgesehenen Defizits von 2 Mill. Frank.

Italien.

* Nach einer Meldung aus Rom, haben die italienischen Truppen im Somaliland einen beachtenswerten Erfolg gegen die eingeborenen errungen. Die seit langer Zeit umstrittenen Station Danane wurde ohne Widerstand besetzt. Die Expeditionstruppen haben somit dem Mutterlande einen ziemlich umfangreichen, sehr fruchtbaren Landstrich erworben.

Schweden.

* Wie aus Stockholm gemeldet wird, nahm der Reichstag den Gesetzentwurf betr. Erhöhung der Zuckersine und entsprechende Herabsetzung des Zuckerzolls an.

Rußland.

* In Petersburg ist es der Polizeibehörde gelungen, eine neue Verschwiegerorganisation zu errichten. Anfangs fanden in allen Stadtteilen Haustürkungen statt. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt. Bei den Verhafteten, unter denen sich viele Frauen befanden, wurden große Mengen verbotener Bücher, Adressen, Dokumente usw. beschlagnahmt. Alle Spuren deuten auf eine Verschwörung gegen das Leben des zar.

Valkanstaaten.

* Nach einer Meldung aus Petersburg hat die russische Regierung nunmehr der italienischen und der französischen Regierung ihre Reformvorlage für Mazedonien übermittelt. Man hofft, daß auch England diese Vorschläge annehmen und daß man so zu einem allgemeinen Einvernehmen kommen werde. So wünschenswert dieses Einvernehmen der Plätze besonders hinsichtlich der Balkanfrage sei mag, so wenig Hoffnung ist doch vorhanden, daß England sein Bestreben, auch auf dem Balkan die Rolle der Vormacht zu spielen, so bald aufgegeben wird.

Afrika.

* Nachrichten aus Tanger besagen, daß in dem Gefecht am 15. März entgegen der französischen Darstellung sehr viele Frauen, Kinder und Greise getötet worden seien. Die Gräberöffnung der Eingeborenen sei darum aufs höchste gestiegen. Das zeige sich vor allem an dem Wachstum der Streit-

verschiedene Gläser trank, lachten mit großer Freude; als er sich dann zum Fortgehen anschloß, rief er ihr beim Abschied noch zu: „Morgen mittag komme ich wieder!“

Als die alte allein war, schlief sie in ihr Zimmerchen, das sie lorgässt hinter sich verriegelte und zog an einer Stelle, die durch ein geheimes Zeichen markiert war, einen Mauerstein aus der Wand. Sie griff in die Öffnung hinein, und es zeigte sich ein großer mit Geld gefüllter Beutel. Sie schüttete seinen Inhalt in ihren Schoß. In dem Zwischenraum, das in das armellose Gemach drang, erglänzten nun ganze Haufen der verstreuten Münzsorten. Mit einer Luff, die ihr Herz hochschlagen machte, bade sie die Hände in den blühenden Silber- und Goldstücken. Der Vorschlag des alten Reutler erschien ihr im rosigsten Lichte. Sie war, wenn sie darauf einging, gar wohl versorgt. Es stand ihr frei, noch fern in dem Hause zu schalten und zu walten, in dem sie so lange fortgeschritten war und dabei ward ihr der unendliche Genuss, noch hunderttausend Goldstücke zu dem übrigen zu legen.

Als Tags darauf sah der alte Reutler, wie er versprochen, mittags wieder eingestellt hatte, fuhr beide nach der Stadt zum Notar. Die Belehrungen des Kaufgeschäfts wurden aufgezeigt. Reutler machte der Alten die erbetenen Zugeständnisse und zahlte die vereinbarte Summe sofort bar aus.

Der neue Haushälter zeigte sich bald als ein sehr unternehmender Mann. Er veran-

staltete sofort einige sehr weinliche Abberungen

in der Haubteinrichtung. Männer und Zimmer-

macht Muilen Hafidz. Dieser denkt gar nicht daran, Frieden zu schließen. Das Gericht, der ehemalige Männerbaupräsident Raissi sei in Tanger eingetroffen und vom Sultan Abd ul Aziz zum Gouverneur einziger nordischen Bezirke ernannt worden, bestätigt sich. Raissi versprach, den Marsch der Sultanstruppen nach Tsch. der aus Furcht vor Muilen Hafidz immer aufgeschoben worden ist, mit allen Kräften ins Werk zu leiten. Raissi ist am allerwenigsten eine Bedrohung für den halbdigen Frieden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Montag nicht weniger als drei Sitzungen ab, in denen der Rat in dritter Sitzung endgültig verabschiedet wurde. Bei der Beratung über den Militärkredit kam es noch einmal zu einer ausgedehnten Debatte über die Wässerhafen-Länder, deren Kosten in der Haupstaatskasse und Sozialdemokratie bestritten. Abg. Kosch (st. Bp.) kräfte erneut die Zurücksetzung der Juden im Her. Bei der Abstimmung über einen Antrag Niedermann v. Sonnenberg, einen Offizier als vortragenden Rat und einen Stabsoffizier mehr zu bewilligen, mußte das Haus wegen Beschlusshemmigkeit auf eine vierte Stunde verlängert werden. In der zweiten Sitzung wurde der Antrag mit 182 gegen 118 Stimmen abgelehnt. Beim Justizrat entspann sich eine sehr lebhafte, persönlich gesetzte Auseinandersetzung über den Kampf gegen den Schuh in Schrift und Bild zwischen dem Abg. Römer (Benz.) und Müller-Meltingen (st. Bp.). Es wurde danach noch viel gebrüderlich, namentlich beim Poststaat. Einige sehr wichtige Gutsverträge wurden ohne jede Diskussion.

Am Dienstag wird zunächst ein Bericht der Reichskanzlei v. Kommission ohne Debatte in die Rechnungskommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gelehrtenwurfs bet. die Beschaffung von Hilfsmittel für die Abberung der Abberungskommission. Der Gesetzentwurf gibt dem Reichskanzler die Befugnis, im Reichsamt die Abberungskommission zu bestimmen oder zum höheren Verwaltungsdienst befähig, oder in einem Zweig der Technik befähig, und mit den Verhandlungen eines Mitgliedes des Patentamtes zu beauftragen.

Das Gesetz wird nach einer kurzen Besprechung durch den Staatssekretär v. Seehmann v. Hollweg in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt darauf die erste Lesung des Post-

schedegeys.

Staatssekretär Krätsch begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme. Die Befürchtung, daß die Genossenschaftsstraßen, Sparkassen usw. durch den Postdienstvertrag geschädigt würden, treffe nach Konkurrenz bei der Beratung nicht mehr zu, eine solche Konkurrenz sei ausgeschlossen.

Abg. Abrahams (W. d. Bw.) hebt die Bedenken hervor, die ein großer Teil seiner Freunde gegen diesen Vorlage habe. Die landlichen Sparkassen würden doch schwer geschädigt werden, die Beziehungen Österreich-Ungarns seien auf Deutschland nicht zu übertragen.

Abg. Singer (Bz.) hat dagegen Bedenken, daß die Gebäude für den Verkehr durch Verordnungen des Bundesrats gereutzt würden und nicht durch Gesetz. Er beantragt Berichtigung an die Budgetkommission.

Abg. Weber (nat.-lib.) sieht dem Postdienstvertrag im Prinzip sympathisch gegenüber. Eine Schädigung der landwirtschaftlichen Verbrauchergesellschaften und Sparkassen wolle auch seine Freunde verhindern, ihre Prosperität darf nicht eingeschränkt werden. Die kleinen Landwirte werden die Sparkassen doch für Anlegung ihrer Gelder vorziehen, Depositionen gelte es auf dem Lande nicht, deshalb sei der Postdienstvertrag auch in dieser Hinsicht zu begründen.

Abg. Rämpf (st. Bp.) meint, weder in der Stadt noch auf dem Lande werde es kaum einen Menschen geben, der der Post auch nur 100 Pf. ohne Berichtigung unterbringen würde. Eine Vermeidung der daren Reklationsmittel sei nur denbar, wenn der Postdienstvertrag weit ausgedehnt wird. Die Vorlage sei das beste Mittel, das Publikum von den Einrichtungen der Post abzuschrecken.

Die Abg. Raden (Benz.) und Arndt (freil.) sind in großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden und sehen in ihr einen Verkehrs-fortschritt. Damit schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs bet. Anberungen im Minzwecke. Der Entwurf erhöht die Quote des zu prägenden Silbers von 15 Mark auf 20 Mark pro Kopf des Bevölkerungsstandes und sieht die Einführung eines 25 Pfennigstückes vor.

Staatssekretär im Reichskanzlei Südw. gründet die Vorlage, die aus zweckmäßigkeitsrücksichten entsteht. Die Einführung eines 25-Pfennigstückes — aus reinem Rücksicht, ohne daß das deutsche Volk nicht gewohnt sei, die Männer an einer Schürze um den Hals zu tragen — werde allgemein und in ganz Deutschland gefordert.

Abg. Speck (Benz.) äußert schwere Bedenken gegen die Einführung eines 25-Pfennigstückes. Die Sache scheine ihm noch nicht sprachlos. Es füchstet sogar eine Erhöhung der Preise von den neuen Stücken, indem 25 Pf. kosten wird, was bisher 20 Pf. kostete. Die Erhöhung des Silberstückes ist eine Partei nicht prinzipiell ab.

Abg. Henning (toni.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. v. Sironi (Benz.) tritt im Gegensatz zu seinem Parteifreunde Speck lediglich für die Aufzehrung von 25 Pf. Stücken ein.

Abg. Arndt (freil.) sieht der neuen Münze Gewicht sei auf die Form zu legen. An Stelle der runden Münzfäule könnten doch auch vierseitige Stücke ausgegeben werden. Der Wiederaufsprung der Dreimarkstücke müßte erheblich nähergebracht werden. Bei der Aufzehrung von Münzen müsse Fürsorge getroffen werden, daß das Publikum nicht geschädigt werde.

Abg. Löw (Benz.) stimmt (toni.) für das 25-Pfennigstück ein. Bedenken bestehen darin, daß der neuen Münze Gewicht sei auf die Form zu legen. An Stelle der runden Münzfäule könnten doch auch vierseitige Stücke ausgegeben werden. Der Wiederaufsprung der Dreimarkstücke müßte erheblich nähergebracht werden.

Abg. Maibach (wirth. Bp.) begrüßt es, daß aus wirtschaftlichen Gründen von dem Dezimalkreis abgewichen sei.

Der Entwurf geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Darauf folgt die Beratung der Resolution Abt. d. Camp zum Einst der Reichspost- und Telegraphenverwaltung auf Gewährung von 20 Pf. an den Deputaten.

Abg. Schulz (freikons.) begründet die Resolution; der Abberungskommittee Abrahams auf „widerstreitende“ Gewährung der Quoten sei unannehmbar. Ein Grund sei nicht dafür vorhanden, daß die Reichsbeamten die Rulone, die den Deputaten in Osten läuft, gewährt werden. Ungleichheiten müßten beseitigt werden.

Abg. Freytag (Benz.) erklärt sich für den Antrag Abrahams, aber gegen den Antrag Camp.

Abg. Wassermann (nat.-lib.) erklärt, seine Freunde werden sie den Antrag Camp mit dem Amendement Abrahams stimmen. Eine verschiedene Behandlung des Reichs- und Staatsbeamten ist nicht angängig.

Abg. Brandis (Pole): Die Vollen seien prinzipielle Gewinner von Ostmarkenzulagen und lehnen daher beide Anträge ab.

Abg. Brüder (Reformp.) erklärt seine Zustimmung; wischen die Beamten sei ein Teil geziert durch die verschiedene Behandlung, die bestellt werden müsse.

Abg. Ledebour (soc.): Wir lehnen jede Förderung ab, die sich als Korruptionszulage heraussetzt.

Abg. v. Gersdorff (toni.): Der Worte sind genug geweiht, laßt uns doch endlich Taten sehen!

Abg. Böttmann (wirth. Bp.) führt aus, daß seine Freunde für die Resolution stimmen würden.

Die Abstimmung wird am Mittwoch stattfinden. Darauf wird über mehrere Resolutionen zum Einst abgestimmt. Bei der Abstimmung über die Resolution über die Errichtung von Aufträgen für die Militärverwaltung unter Berücksichtigung der Postverwaltung ist Hammelprung nötig. Der Antrag wird mit 127 gegen 121 Stimmen angenommen.

Die Resolution, den Arbeitern der Militärverwaltung den Lohn an gesetzlichen Feiertagen zu zahlen, wird angenommen. Ebenso die Resolution über Pfändung der Löste des der Deputatenverwaltung und Erfahrung des Reinkindes.

Abgelehnt wird der Antrag Bassemann auf Jugendberichtsfeste, während der Antrag Kirch, die Errichtung „unmöglich bald“ vorzunehmen, angenommen wird.

Die zum Poststaat gestellten Resolutionen werden angenommen, eine wieder unter Hammelprung.

Von Nah und fern.

Professor Koch auf einer Weltreise. Professor Robert Koch wird mit seiner Gemahlin von Bremenhaven aus mit dem S. S. Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ eine auf anderthalb Jahre berechnete Scholungsfahrt um die Welt antreten. Er wird sich zunächst hauptsächlich bei Verwandten in Nordamerika aufzuhalten; hierauf wird er sich nach Japan und von dort aus nach China und Indien begeben.

Schon in früher Stunde des andern Tages hielt ein Wagen gegenüber dem Wirtshaus. Eine unruhige Mädchengestalt stieg heraus. Vater Reutler rief ihr entgegen und reichte ihr die Hand. Lange ruhte seine Blöße auf ihrem lieblichen Antlitz. Eine tiefe Bewegung war auf den Augen des Greises zu sehen. Er mochte sich bedenken wollen, aber eine über die gefürchteten Wangen verlende Träne verriet die Aufregung seines Herzens. Die Hände, mit denen er die den jungen Mädchens brachte, erbebten. Sein Schweigen war bedeckt, als alle Ausdrücke der Freude, der Überraschung und Bewunderung fehlten.

„Also endlich da?“ begann er, sich sammelnd.

„Ja, lieber Oheim“, antwortete Anna und nahm seinen Arm. „Deider wurde ich nur zu lange aufgehoben.“

Ein freundliches Zimmer hatte sich inzwischen an den Fenstern versammelt, die Dorflinge stand mit offenem Mund und sah. Die Wirtin kam herein, betrachtete mit Staunen die hübsche Nichte, deren Reutler mehrfach erwähnt hatte, präsentierte sich mit tiefen Grüßen und trug die Kleidungsstücke des jungen Mädchens ins Haus.

Ein freundliches Zimmer erwartete leichtere Blicke. Ihr Blick überzeugte die einfache und doch nette Einrichtung. Sie erschien als Reiterin des